

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Deucha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchsbain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standniz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die gespaltene Zeile 20 Pfg., amliche 50 Pfg., Reklametext (Bsp.) 50 Pfg. Tabell. 50% Aufschlag. Bei unbeschrift. geschriebenen sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Güntz, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 128

Dienstag, den 23. Oktober 1928

39. Jahrgang

Führerwechsel.

Die Deutschnationalen haben sich einen neuen Parteiführer gewählt und das Zentrum steht im Begriff, das gleiche zu tun; selbstverständlich wird die politische interessierte Öffentlichkeit dahinter mehr suchen als nur einen Wechsel der Personen. Es gärt ja in allen Parteien, die leitenden Persönlichkeiten fühlen das und suchen dem Rechnung zu tragen. Bei den Deutschnationalen stellt der neue Parteivorsitzende Dr. Eugen Berg eine politisch scharf beleuchtete Persönlichkeit dar, die infolgedessen auch besonders Ziel der Angriffe aus anderen Parteien wurde, fremd bisheriger Auftreten zufolge politisch auch recht genau zu umgrenzen ist. Eugen Bergs Wahl zum Führer der Deutschnationalen Volkspartei bedeutet darum gleichzeitig auch eine klare programmatische Einstellung für die gesamte politische Haltung dieser Partei zunächst der jetzt bestehenden Regierungskoalition gegenüber, darüber hinaus aber auch wohl für eine weitere Zukunft. Außenpolitisch ist Dr. Eugen Berg immer ein scharfer Bekämpfer der Linie gewesen, die unter der Führung Dr. Stresemanns in dem Augenblick eingeschlagen worden ist, als der Widerstand Deutschlands gegen den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet aufgegeben wurde. Infolgedessen ist Dr. Eugen Berg, und auch hier wieder in deutscher Form, auch der Bekämpfer des Dawes-Plans in seiner jetzigen Gestalt, weil er diesen für außerordentlich gefährlich hält im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der deutschen Wirtschaft. In seiner Programmatik in der Sitzung der deutschnationalen Parteivertreter ist Dr. Eugen Berg gerade auf diesen Punkt mit besonderer Ausführlichkeit eingegangen. Die Verschuldung der deutschen Wirtschaft an das Ausland hätte bisher schon verhängnisvolle Fortschritte gemacht und würde notwendigerweise in wenigen Jahren zu einer vollständigen finanziellen Abhängigkeit führen; das hätte wieder zur naturnotwendigen Folge, daß die Lebensmöglichkeiten gerade der breiten Massen immer untragbarer eingeschränkt werden würden.

Innenpolitisch bedeutet die Wahl Dr. Eugen Bergs eine Betonung der deutschnationalen Oppositionsstellung gegenüber der jetzigen Reichsregierung, in der die Sozialdemokraten maßgebenden Einfluß besitzen.

Daß Dr. Marx den Vorsitz in der Zentrumsparlei niederlegen wird, entfernt andererseits von dort gerade den Mann, der aus einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen bekanntlich erhebliches Gewicht gelegt hat. Damit ist er ja innerhalb seiner eigenen Partei vielfach auf großen Widerstand gestoßen, und als Nachfolger werden nun Persönlichkeiten genannt, die politisch mehr oder weniger links eingestellt sind. Man spricht von Dr. Stegerwald, der ja jetzt schon 2. Vorsitzender der Partei ist, spricht aber auch von dem Abgeordneten Töös, der namentlich in den westdeutschen Arbeiterkreisen, soweit sie dem Zentrum angehören, großen Einfluß besitzt. — beide Männer sind ausgesprochene Arbeiterführer, sind außerdem Träger des Koalitionsgebändens mit der Sozialdemokratie. Eben so haben die Demokraten, die soeben eine Sitzung ihrer Parteiaussschusses veranstalteten, sich programmatisch für die Locarnopolitik, also eine Politik der Versöhnung und innenpolitisch für die Beibehaltung der jetzigen Regierungskoalition ausgesprochen.

So kann man als das Resultat des Führerwechsels eine deutlichere Scheidung der Geister nach rechts und links betrachten, die möglicherweise sich auch dahin auswirken wird, daß die Erweiterung des Preußenkoalitions durch den Zutritt der Deutschen Volkspartei nun doch kaum noch auf Schwierigkeiten stoßen wird. Zwar haben die Demokraten sich gegen die Regelung schulpolitischer Fragen durch ein Konfordat ausgesprochen, lehnen auch die Fortführung des Panzerkreuzerbaues ab, aber der Führerwechsel wird wohl dazu führen, daß man sich über die kleinen noch bestehenden Differenzen hinter den Kulissen einigen wird.

Diese parteipolitische Entwicklung, diese Scheidung der Geister wird sich nach außen hin freilich erst allmählich geltend machen. Denn alle Parteien, abgesehen wohl nur von der Sozialdemokratie, stehen heute vor dem Problem, durch Umorganisationen die Kräfte zu gewinnen, die vorhandenen zu sammeln; auf allen Parteitagungen ist festgestellt worden, daß die Organisation mehr oder weniger verlagert habe. Die Kritik, die in allen Parteien laut geworden ist, richtet sich aber doch wohl mehr gegen deren politische Wege und die Unzufriedenheit läßt sich kaum beseitigen durch Auf- oder Ausbau der Parteiorganisation allein. Im deutschen Volke herrscht überhaupt starke Parteimüdigkeit, die allerdings überwunden werden könnte durch stärkere Betonung im Grundgedanken der Politik. Natürlich ist eine solche Politik leichter durchzuführen, wenn man in der Opposition steht. Es hat aber noch keinem Volke in demokratischer Verfassung geschadet, wenn es eine starke grundsätzliche Opposition aufzuweisen hat; eine kluge Regierung weiß auch eine solche Opposition zu nutzen, wenn es sich um die Erreichung außenpolitischer Ziele handelt.

Eugen Berg Deutschnationaler Parteivorsitzender.

Die Parteivertreter der Deutschnationalen Volkspartei hielt im Reichstag die zur Neuwahl des Parteivorsitzenden anberaumte Sitzung ab. Der Wahl ging, wie die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, eine

Verfassungskonferenz der Länder

Die Reichsreform.

Bayern läßt an seiner Eigenstaatlichkeit nicht rütteln.

Montag begannen in der Reichskanzlei zu Berlin unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit mehrerer Reichsminister die Beratungen der Verfassungsausschusses der Länderkonferenz über die Schwierigkeiten im gegenwärtigen Verfassungsleben und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. An den Beratungen nahmen außer den 18 Ausschussmitgliedern, von denen neun durch das Reich entsandt und neun von den Ländern benannt wurden, noch zahlreiche Verfassungssachverständige aus der Wissenschaft und der höheren Beamtenenschaft teil. Referenten für das Thema waren der bayerische Ministerpräsident Dr. Heide, der sächsische Ministerialdirektor Büsch und der preussische Ministerialdirektor Bredt. Der bayerische Ministerpräsident brachte in seinem Vortrag zum Ausdruck, daß Bayern seinen Weg sehe, der, ohne die Länderinteressen in unverantwortlicher Weise zu schädigen, zu einer Vereinheitlichung des Reiches führen könnte. Bayern jedenfalls wolle an seiner Eigenstaatlichkeit nicht rütteln lassen.

Den Ausschussberatungen liegt das bereitgestellte Material über die einschlägigen Fragen zur Erörterung vor. Die Verhandlungen werden als vertraulich bezeichnet. Außer den benannten Delegierten wohnten der Sitzung Länderminister und ihre Gesandten in Berlin bei.

Von den Länderregierungen berufen sind: Ministerialdirektor Dr. Bredt für Preußen, Ministerpräsident Dr. Heide für Bayern, Ministerpräsident Heide für Sachsen, Staatssekretär Dr. Holz für Württemberg, Staatspräsident Dr. Kemmerle für Baden, Staatsminister Dr. Leuthbecker für Thüringen, Staatspräsident Adelung für Hessen, Bürgermeister Petersen für Hamburg und Ministerpräsident Deist für Anhalt.

Der bayerische Standpunkt.

Dem Ausschuss der Länderkonferenz ist die schriftliche Darlegung des bayerischen Standpunktes zugegangen. Bayern müsse aus grundsätzlichen Erwägungen heraus fordern: 1. klare Grenzen zwischen Reich und Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung wie der Verwaltung; 2. verfassungsmäßige Sicherung und Festigung der Länder bezüglich ihrer Gebiete, ihrer Rechte und ihres staatlichen Bestandes sowie ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Selbständigkeit; 3. unbedingte Gewährleistung der finanziellen Lebensfähigkeit der Länder, und schließlich 4. Ausbau des Reichsrates, bezogen auf verstärkte Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reiches. Dies seien und blieben die Grundforderungen, die nicht nur Bayern, sondern eigentlich jedes Land erheben müsse. Alles drehe sich einzig und allein um die Entscheidung darüber, ob den Ländern ein Eigenrecht als oberste Instanz verbleiben soll oder nicht.

Wollte diese Ausgabe nicht, dann drohe eine Arbeitslosigkeit von nie dagewesenem Umfang.

Der Redner forderte weiterhin, die Fürsorge für die breiten Schichten des Volkes zu organisieren und die soziale Gesetzgebung in bessere Formen zu bringen.

Für die deutsche Landwirtschaft bestünde die Gefahr, daß sie in die Hörigkeit des internationalen Kapitals oder einzelner parteipolitischer Richtungen gerate. Es bliebe die Aufgabe der Deutschnationalen Volkspartei, sich für die Aufrechterhaltung des deutschen Geldes einzusetzen. Dazu gehöre auch, daß man mit den Fehlern der parlamentarischen Systeme, mit den zahllosen und nutzlosen Kommissionenberatungen ein Ende mache und die auch im Parlament vorhandenen guten Kräfte wieder für gesunde Arbeit einsetze. Wenn diese Verantwortung an die Deutschnationalen Volkspartei herangetragen werde, dürfe sie sich ihr nicht entziehen. Vorher müsse man aber das notwendige Fundament dafür bereitet haben. Der Zeitgeist der deutschnationalen Politik bleibe die Freiheit nach innen und nach außen.

Die Christlich-Sozialen zum Führerwechsel in der Deutschnationalen Volkspartei.

Von christlich-sozialer Seite wird mitgeteilt: Angesichts des Führerwechsels in der Deutschnationalen Volkspartei befaßten sich die in Berlin versammelten christlich-sozialen Parlamentarier und Vertreter aus dem Lande erneut zum deutschnationalen Parteiprogramm, auf dessen Grundlage seinerzeit die Vereinigung der beiden konservativen Parteien mit der Christlich-Sozialen und der Deutsch-Sozialen Partei erfolgte. Insbesondere wurde entsprechend gefordert, daß der Staat sein kostbares Vermögen, die lebende Arbeitskraft seiner Angehörigen, schütze und es vor Ausbeutung und Raubbau durch eine soziale Schutzgesetzgebung bewahre. Gefordert wurde eine angemessene Vertretung der Angestellten und Arbeiter bei der Entscheidung in den staatlich anerkannten Berufsvertretungen.

Führerwechsel im Zentrum.

Töös an Stelle von Marx.

Aus Düsseldorf wurde gemeldet, daß der nach dort einberufene Reichsparteitag des Zentrums einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen haben werde, da Reichskanzler a. D. Dr. Marx die Absicht habe, sein Amt niederzulegen.

Die Nachricht von dem Rücktrittsdank des bisherigen Zentrumsführers scheint zuzutreffen. Dr. Marx hat bereits bei der letzten Tagung des Reichsparteivorstandes von seinem Entschlusse Kenntnis gegeben, sein Amt niederzulegen. Begründet wird dieser Entschlus des ehemaligen Reichskanzlers mit Rücksicht auf seine Gesundheit. Der offizielle Rücktritt wird auf dem Zentrumsparteitag erfolgen, der wahrscheinlich nicht in Düsseldorf, sondern in Essen stattfinden wird. Als Nachfolger von Marx wird ziemlich sicher der Reichstagsabgeordnete Töös, Vertreter des Wahlkreises 20 Köln-Aachen, genannt.

Der Sturm auf das Finanzamt.

Vor dem großen Landbündungsbruch und Aufruhr.

Ein umfangreicher Landfriedensbruch und Aufruhrprozeß beschäftigt jetzt das erweiterte Schöffengericht in Briegwitz (Briegnitz), 55 Landbundmitglieder, u. a. der deutschnationalen Reichstagsabgeordnete Staffehl, der Vorsitzende des Kreislandbundes Ost-Briegnitz, Gutbesitzer von Jena und eine Reihe weiterer Landbundmitglieder des Kreislandbundes Ost-Briegnitz werden sich als Angeklagte zu verantworten haben. Den übrigen legt die Anklage ebenfalls teils Haupttäterschaft, teils Teilnahme am Aufruhr und Landfriedensbruch zur Last. Da ein starker Andrang zum Prozeß erwartet wird und für die 70 Zeugen und 55 Angeklagten der Gerichtssaal in Briegwitz viel zu klein ist, wird die Verhandlung in einem Hotel der Nachbarstadt Ryrig stattfinden. Wie erinnertlich, wurde am 12. März d. J. bei einer Landbundtagung von Demonstranten ein Sturm auf das Finanzamt Ryrig unternommen, wobei eine Reihe von Fensterscheiben zertrümmert wurde. Die Angeklagten behaupten sämtlich, daß sie durch das Vorgehen der Schupo provoziert worden sind.



Hg. Dr. Eugen Berg.

programmatische Ansprache voraus, die von Graf Scharp eröffnet wurde. Nach deren Beendigung wurde die Wahl des Vorsitzenden vorgenommen. Geheimrat Eugen Berg, der als einziger zur Wahl stand, wurde gewählt und nahm die Wahl an. Seine Wahl wurde durch lebhaften Beifall der gesamten Versammlung begrüßt. Geheimrat Eugen Berg übernahm den Vorsitz mit einer kurzen Erklärung. Er sagte zu, daß er das ihm übertragene Amt im Sinne der Förderung der Größe und Kraft und der Einigkeit der Partei ausüben werde. Daran knüpfte er herzliche Worte des Dankes an den bisherigen Vorsitzenden, Grafen Westarp, den die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrte.

Die Neuwahl des stellvertretenden Parteivorsitzenden soll in einer noch vor Weihnachten stattfindenden Parteivertreterversammlung vorgenommen werden. Die bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Schlangensöhningen und Wallraf werden bis dahin ihre Geschäfte weiterführen.

Amts niederlegung Eugen Bergs im Reichsverband der Deutschen Industrie.

Mit Rücksicht auf die erfolgte Wahl zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei hat Geh. Finanzrat Eugen Berg sein Amt als Vorsitzender der Fachgruppe Bergbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie niedergelegt. Aber die Frage seiner Nachfolge wird die Fachgruppe Bergbau erst in der nächsten Sitzung ihres Vorstandes beschluß fassen.

Eugen Bergs Programmrede.

In der Sitzung der deutschnationalen Parteivertreter in Berlin hielt Abgeordneter Wallraf eine Gedächtnisrede für den bei einem Jugunglück ums Leben gekommenen Abgeordneten Heffrich. Aus der Rede, mit der der neue Parteivorsitzende Abgeordneter Dr. Eugen Berg die Verhandlungen am Sonntag einleitete, werden jetzt einige Einzelheiten bekannt. Bei seinen Ausführungen über die Außenpolitik vertrat der Redner die Meinung, daß sie zu eilig und unvorsichtig geführt worden sei. Die entscheidende Frage der deutschen Außenpolitik sei heute nur, ob Deutschland Gefahr laufe, das Schicksal der Welt zu werden. Dies mit allen Mitteln zu verhindern, sei die Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Das ernsteste Problem unserer inneren Lage sei die ungeheure Verschuldung. Wenn diese Form der Wirtschaft noch zehn Jahre fortgesetzt werde, sei Deutschland außerstand und das Ende der deutschen Wirtschaft sei erreicht. Es gebe dagegen nur ein Ziel: die Verbreiterung der Decke der deutschen Wirtschaft.